

Zeitschrift: Histoire des Alpes = Storia delle Alpi = Geschichte der Alpen
Herausgeber: Association Internationale pour l'Histoire des Alpes
Band: 27 (2022)

Artikel: Die Landwirtschaft in den slowakischen und österreichischen Bergregionen : Akteur regionaler Transformation oder Problemfall in Nutzungskonflikten?
Autor: Zückert, Martin
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1053100>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 17.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



Die Landwirtschaft in den slowakischen und österreichischen Bergregionen Akteur regionaler Transformation oder Problemfall in Nutzungskonflikten?

Martin Zückert

Riassunto – L'agricoltura nelle regioni di montagna slovacche e austriache. Attrice di trasformazione regionale o caso problematico nei conflitti d'uso?

81

Nonostante le fondamentali differenze sistemiche e strutturali, dopo il 1945 la Cecoslovacchia e l'Austria hanno affrontato problemi simili nelle regioni di montagna. La rapida intensificazione dell'agricoltura ha provocato il ridimensionamento dell'agricoltura di montagna. Allo stesso tempo, la conservazione della natura e il turismo hanno promosso altri concetti d'uso. Utilizzando gli esempi della Slovacchia (come parte della Cecoslovacchia federale dal 1969) e dell'Austria, questo contributo esamina i conflitti sorti e i concetti elaborati a partire dagli anni Settanta per la gestione delle aree montane, lo spazio naturale ivi presente e lo sviluppo del paesaggio.

1976 verfasste Oswald Brugger, Leiter der Abteilung Alpverbesserung bei der Tiroler Landesregierung, einen Artikel zum «Naturschutz im bergbäuerlichen Raum». Darin skizzierte er das damalige Leitbild der «Österreichischen Raumordnungskonferenz» für die Bergregionen: den Erhalt der Siedlungsdichte, den Schutz von Natur und Landschaft, die Ausgestaltung als Erholungsraum und eine sachgemäße Entwicklung der Land- und Forstwirtschaft.¹ Brugger verstand das Leitbild so, dass ein «funktionierender bergbäuerlicher Raum» Vorrang vor anderen Bereichen habe. Diesen Raum sah er jedoch durch Naturschutzauflagen in Gefahr. Bergbauern müssten zusätzliche Leistungen erbringen, damit Urlauber «ein möglichst hohes ästhetisches Wohlbefinden erreichen» könnten. Er betonte deshalb, «dass wir das Problem Naturschutz und Landbewirtschaftung im Gebirge so sehen, dass nicht der Adler oder das Murmeltier jenes Wesen ist, das am meisten vom

Aussterben (oder abwandern) bedroht ist, sondern der dort lebende und wirtschaftende Bauer.»²

Die Bauern seien längst ein «wesentliche(r) Ökofaktor». Würden sie vor Ort nicht mehr wirtschaften, drohten Bodendegradation und Lawinen.³ Nach Brugger müssten die Bergbauern, um das naturräumliche Gleichgewicht im gesellschaftlich zunehmend beanspruchten Berggebiet zu erhalten, unterstützt und vor Einschränkungen des Naturschutzes geschützt werden. Ähnliche Äusserungen finden sich seit den 1970er-Jahren häufig in Publikationen von Agrarverbänden. Sie sind im Kontext von Naturschutzdebatten zu sehen, die sich im Zuge der Planung grossflächiger Schutzgebiete und der Beanspruchung von Bergregionen als Erholungsraum verdichteten.

Die Berglandwirtschaft Österreichs befand sich nach 1945 in einem Wandel:⁴ Technisierung und Intensivierung transformierten den Agrarsektor innerhalb weniger Jahrzehnte und sicherten die noch in der Nachkriegszeit labile Versorgung, veränderten aber auch die Gestalt der Landwirtschaft. Die in vielen Bereichen industrialisierte Landwirtschaft stand in Österreich langfristig vor einem Dilemma: Sie sollte produktiv sein «und gleichzeitig touristisch verwertbare Landschaften» pflegen.⁵ Viele Bergbauern konnten wiederum aufgrund der naturräumlichen Bedingungen kaum bei der Modernisierung mithalten. Ihnen blieb oft nur der Rückzug auf einige leichter zu bewirtschaftende Flächen – oder die Aufgabe.⁶ Umgekehrt konnten sie – am Rande der Agrarintensivierung – noch am ehesten «touristisch verwertbare Landschaften» anbieten. Naturschutzverbände forderten zugleich für als sensibel erachtete Räume die Reduktion der agrarischen Nutzung.⁷ Die Berglandwirtschaft hatte somit nicht nur mit Produktionsnachteilen zu kämpfen, sie war auch mit anderen Nutzungsvorstellungen konfrontiert.

In Politik und Publikationen wurde die Situation in Österreich oft mit der in anderen Ländern verglichen. Als Drohszenario galt dabei die Entwicklung in einigen italienischen und französischen Alpentälern, in denen es zu starker Abwanderung und zur «Verwilderung» weiter Flächen gekommen war.⁸ Doch der Blick reichte auch weiter. So erwähnte Oswald Brugger ein Leitbild in Abgrenzung zu nordamerikanischen und osteuropäischen Konzepten: «Demgegenüber ist gerade die kleinbäuerlich strukturierte Landwirtschaft [...] im Gegensatz zu den riesigen bodenzerstörenden Monokulturen der Kolchose oder amerikanischen Grossfarmen – der beste Garant für die Zielsetzung eines realistischen Naturschutzes und stellt gleichzeitig politisch eine Lebendverbauung gegen gewisse Radikalismen dar [...]»⁹

In der Tat galt in Österreich oder Westdeutschland das Leitbild des bäuerlichen Familienbetriebs, womöglich noch stärker gesellschafts- als wirtschaftspolitisch, als Kontrast und Schutz gegenüber der staatssozialistischen System-

konkurrenz.¹⁰ Wie aber ging die Agrarpolitik in den Bergregionen des östlichen Europas nach 1945 mit den Veränderungen des Agrarsektors und ihren Folgen um? Die vorherrschende Grundannahme ist, dass sich die staatssozialistische Agrarplanung nach sowjetischem Vorbild auf leicht zu nutzende Flächen konzentrierte, während Hang- und Hochlagen am Rande des Interesses blieben.¹¹ Doch stellt sich grundsätzlich die Frage, wie sich die Folgen der Agrarmodernisierung und der staatliche Anspruch, Territorium zu organisieren, über vierzig Jahre auf Länder mit hohem Berggebietsanteil wie Rumänien oder die Tschechoslowakei auswirkten. Auch dort waren es die Randzonen, in denen Vorstellungen von Produktionssteigerungen auf neue, grossräumig gedachte Naturschutzkonzepte und Forderungen nach für Erholung und Tourismus nutzbare Landschaften stiessen.¹²

Im Folgenden wird die Entwicklung in den österreichischen Alpen derjenigen in den Karpatengebieten der Slowakei (als Teilstaat der 1969 föderalisierten Tschechoslowakei) gegenübergestellt. Der Vergleich soll dabei helfen, beide Beispiele in die historische Entwicklung von Bergregionen unter dem Einfluss von Agrarwandel und gesellschaftlicher Veränderung einzuordnen. Dabei geht es weniger darum, eine West-Ost-Typologie anzustreben: Vielmehr steht im Sinne einer Suche nach Divergenzen und Konvergenzen die Frage im Zentrum, wie mit vergleichbaren Veränderungsdynamiken umgegangen wurde,¹³ die aus strukturell-naturräumlich ähnlichen Ausgangsbedingungen hervorgingen. Hierzu werden zunächst die Entwicklung der Berglandwirtschaft und die durch veränderte Naturschutzvorstellungen und Nutzungsziele seit den 1960er-Jahren entstehenden Konflikte benannt. In einem Folgeschritt werden diese Konflikte analysiert und Ähnlichkeiten und Unterschiede gegenübergestellt.

Als Akteure des Agrarsektors werden in erster Linie die Landwirtschaftsbehörden sowie bäuerliche Interessensvertretungen betrachtet. Einzelne Bauern traten in diesen Debatten dagegen kaum in Erscheinung. Dass im Vergleich zwischen dem föderalen, demokratischen Österreich und der staatssozialistischen Tschechoslowakei jeweils von anderen Konfliktformen auszugehen ist, liegt auf der Hand. Der Fokus richtet sich jedoch nicht primär auf Systemfragen, sondern auf den Umgang mit Nutzungszielen sowie den kulturräumlichen Folgen ihrer Umsetzung. Gleichwohl ist das Ende des Untersuchungszeitraums mit dem Jahr 1989 ein politisch relevanter Zeitpunkt. In der Tschechoslowakei wandelten sich in der Folge der Systemtransformation auch die Bedingungen in den Bergregionen. Auch für Österreich ist in der Folge von Veränderungen auszugehen, die sich durch den Umbruch im östlichen Europa indirekt (im Sinne einer Kotransformation)¹⁴ ergaben, sich zunächst aber vor allem durch den angestrebten EU-Beitritt zeigten.

Berglandwirtschaft nach 1945 in der Slowakei und Österreich

Seit ihrer Machtübernahme im Jahr 1948 strebten die Kommunisten in der Tschechoslowakei eine Modernisierung und damit einhergehende Ertragssteigerung im Agrarsektor an. Durch die Kollektivierung sollte zugleich ein Gesellschaftswandel im ländlichen Raum ausgelöst werden. Für Staatspräsident Klement Gottwald konnte es ohne die Sozialisierung der Landwirtschaft keinen Sozialismus geben.¹⁵ Während in der Ebene bis Mitte der 1950er-Jahre die Kollektivierung weitgehend umgesetzt werden konnte, geriet diese in den Bergregionen ins Stocken: Einerseits waren einer raschen Intensivierung naturräumlich enge Grenzen gesetzt; andererseits waren viele Berggebiete durch Subsistenzwirtschaft geprägt.¹⁶ Oft fehlte es an Durchsetzungskraft, bei zersplitterten Besitzverhältnissen rasch Grossbetriebe zu schaffen, zumal oft geeignete Wirtschaftsgebäude fehlten.

84
Mit dem Ziel der weiteren Produktionssteigerung nahm die tschechoslowakische Agrarpolitik Ende der 1950er-Jahre einen neuen Anlauf. Im komplexen tschechisch-slowakischen Binnenverhältnis gerieten die slowakischen Bergregionen besonders in den Blick, da regelmässig das Produktionsniveau der beiden Landeshälften verglichen wurde.¹⁷ Beim Landwirtschaftsbeauftragten der Slowakei debattierte man, wie die Intensivierung erreicht werden könnte. Zugleich war das Ziel unverkennbar, den eigenen Herrschaftsanspruch weiter zu «territorialisieren»¹⁸ und an den «Rändern» durchzusetzen: Zwischen Propaganda und Fachexpertise schwankend warf man den weiterhin privat wirtschaftenden Kleinbauern vor, durch unregelmässige Acker- und Weidewirtschaft für massive Bodenerosion verantwortlich zu sein. Zielvorgabe war deswegen, die Kollektivierung in den Bergen weiter voranzutreiben, Nutzungsformen klar abzugrenzen und Ungunstlagen rasch aufzuforsten.¹⁹

Der sozialistische Modernisierungsanspruch liess sich jedoch weiter nur schwer umsetzen. Noch 1968 galten knapp 40 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche in den slowakischen Berggebieten als nicht kollektiviert.²⁰ Während des «Prager Frühlings» griff der Slowakische Nationalrat das Thema erneut auf: Primär ging es ihm um die Lebensmittelproduktion in den Berggebieten, übergeordnet fürchtete man jedoch eine «Entvölkerung und Dekultivierung».²¹ Der Nationalrat betonte die Rolle der Landwirtschaft und plädierte für eine bessere ländliche Infrastruktur, für Subventionen und die Förderung der noch eigenständigen Bauern. Die Berggebiete sollten eine «Oase» für eine hoch entwickelte Industriegesellschaft werden. Agrargenossenschaften sollten sich dafür durch touristische Angebote ein zweites Standbein schaffen.²² Dieses Programm verschwand nach dem Ende der Reformphase in den Schubladen. Eine Unterstützung der Privatbauern galt nun als Fehlentwicklung.

Stattdessen setzte die Regierung seit den 1970er-Jahren in der Berglandwirtschaft auf Spezialisierung und Intensivierung. Die 1968 benannten Probleme aber blieben: Infrastrukturelle Mängel und eine sich fortsetzende Abwanderung drohten die Bergregionen weiter zu schwächen. Zugleich wurde deutlich, dass diese Gebiete zunehmend für eine konsumtive Nutzung beansprucht wurden. Der Naturschutzfunktionär Milan Pacanovský war einer der ersten, der auf drohende Konflikte zwischen Grosslandwirtschaft, Tourismus und naturräumlichen Schutzmassnahmen hinwies. Bereits 1959 forderte er für die Berggebiete einen Ausgleich zwischen Produktionsinteressen, den «ästhetischen Ansprüchen der sozialistischen Gesellschaft» und der Sorge um das biologische Gleichgewicht sowie das Landschaftsbild.²³ Pacanovský sah die Herausbildung von Landschaftsformationen dabei als prozesshaften Vorgang an, der durch die Kollektivierung befördert werde. Spätestens in den 1970er-Jahren ergaben sich daraus jedoch grundsätzliche Debatten.

Im Gegensatz zur Tschechoslowakei setzte Österreich nach 1945 weitgehend auf die Bewahrung der Strukturen. Die Agrarpolitik förderte den Familienbetrieb und Produktionsverbesserungen. Unterstützungen für Bergbauern wurden an «eine unmittelbare oder mittelbare Rohertragssteigerung» gekoppelt.²⁴ Bald schon zeigte sich jedoch, dass die Bergbauern in der Agrarmodernisierung nicht mithalten konnten. Räumlich ging damit ein teilweise gesteuerter Rückzug aus der Fläche einher. Formal unter der Agenda der «Trennung von Wald und Weide» förderten zum Beispiel Programme Bergbauern, die Almen zur Nutzungsintensivierung herrichteten und andere Flächen aufforsteten.²⁵ Die 1971 begründete Österreichische Raumordnungskonferenz sah Handlungsbedarf und erklärte: «Zur Erhaltung der Kulturlandschaft, vor allem im Berggebiet, soll eine ausreichende landwirtschaftliche Bewirtschaftung durch funktionsfähige Betriebe sichergestellt werden.»²⁶

Neben der Subventionierung sollte der Tourismus die bergbäuerliche Einnahmesituation stützen. Dies veränderte auch das Leitbild der Agrarpolitik, die in den 1970er-Jahren begann, von einer «Strukturpolitik für den ländlichen Raum» zu sprechen und eine «für den Landschaftsschutz erforderliche Mindestbesiedlung von Gebirgsgegenden» anstrebte.²⁷ Die Debatte verlagerte sich dabei bald in die Hang- und Hochlagen. In den Talräumen hatte entweder bereits eine Agrarintensivierung stattgefunden oder es waren «Siedlungs- und Infrastrukturbänder» entstanden.²⁸ In der Bergbauerndebatte spielten sie kaum eine Rolle. Oswald Brugger sprach 1981 davon, dass das «obere Stockwerk» durch die «Verunstaltung und Verbetonierung der Tallagen» an Bedeutung gewonnen habe.²⁹

Sowohl in den österreichischen Alpen als auch in den slowakischen Karpaten kam es nach 1945 zu einem starken Wandel der Landnutzung. Ähn-

lich wie in anderen Berggebieten wurden Gunstlagen intensiver genutzt, während schwerer zu bewirtschaftende Flächen extensiver genutzt oder aufgegeben wurden.³⁰ In beiden Ländern blieb jedoch die Vorgabe, die Nutzung generell aufrechtzuerhalten. Ins Zentrum rückten dabei die Hang- und Hochlagen, zumal die Täler zunehmend durch Siedlungs- und Infrastrukturausbau, in der Slowakei zudem durch eine massive Industrialisierung,³¹ erschlossen wurden. Gerade in den Randzonen kam es jedoch zum Konflikt mit den Interessen von Tourismus und Naturschutz.

Landschaft vor oder mit der Landwirtschaft schützen? Die slowakischen Bergregionen seit den 1970er-Jahren

86
Bereits 1967, als sich Experten über ein Konzept für den 1949 begründeten Tatra-Nationalpark Gedanken machten, kritisierte Ladislav Havran, dass es zwischen dem zum Schutzgebiet gehörenden Bergwald und den angrenzenden Flächen scharfe Übergänge gäbe. Neben dem schlechten Zustand der umliegenden Orte bemängelte er eine «Kultursteppe» im Bereich der Agrarflächen.³² Das Problem verschärfte sich, als die sozialistische Agrarpolitik seit den 1970er-Jahren verstärkt auf spezialisierte Grossbetriebe setzte. Nur eine der Folgen war, dass sich chemische Stoffe aus der Agrarproduktion in angrenzenden Schutzgebieten ablagerten.³³

Die bessere Flächennutzung wurde zu einem zentralen Ziel der Agrarpolitik. Dafür erhöhte man auch den Druck auf die noch verbliebenen Kleinbauern. Gaben diese auf, sollten mechanisch nicht zugängliche Flächen dem «Waldfonds» zugeschlagen, andere Bereiche für die Graswirtschaft von Grossbetrieben genutzt werden.³⁴ Kombinierte Rindermast- und Milchkuhbetriebe mit bis zu 3000 Tieren sollten das Potenzial der Berggebiete einschliesslich einer grossflächigen Beweidung optimal nutzen.³⁵ Konzentration und Spezialisierung erwiesen sich jedoch nicht nur als teuer,³⁶ sie konterkarierten auch die landschaftsästhetischen Vorstellungen der Tourismusfunktionäre.

In den Folgejahren diskutierten Agrarwissenschaftler, Gebietsplaner sowie Naturschutz- und Tourismusexpertinnen über die entstandenen Probleme. Bei einer Konferenz zum «Einfluss der landwirtschaftlichen Grossproduktion auf das Landschaftssystem der Berggebiete» wurde 1978 Geländeanpassungen kritisiert. Diese dürften nicht allein im Kontext von Produktionssteigerungen gesehen werden, es ginge auch um den «ästhetisch-landschaftlichen Wert».³⁷ Die Konferenz verabschiedete ein Statement, in dem eine bessere Nutzungsabgrenzung zum Schutz von Boden und Landschaft gefordert wurde. Gebietspläne sollten besser eingehalten werden.³⁸

Während Naturschützer in den intensivierten Zonen die «ausserlandwirtschaftliche Funktion» der Agrarlandschaft hervorhoben und eine aktive Landschaftsgestaltung einforderten,³⁹ kam es in den Randzonen zu anderen Problemen. Nicht alle Flächen konnte man einer rationell betriebenen Forstwirtschaft zuführen. Grossweiden bis in Hochlagen liessen sich schwerer als gedacht bewirtschaften. Nicht von ungefähr wurden die Arbeitsbedingungen von Hirten Anfang der 1980er-Jahre zum Thema von Soziologen.⁴⁰ Die Reste der Kleinlandwirtschaft galten weiter als Problem, verwildernde Brachflächen entsprachen aber auch nicht dem Leitbild einer sozialistisch gestalteten Landschaft. Immer wieder forderten Naturschützer, bestehende Pläne zur «Rajonisierung» umzusetzen. Die Schaffung von Schutzgebieten wurde dabei zu einem wichtigen Instrument. Wenn die Slowakei im Jahr 1981 stolz behauptete, über 14 Prozent der Landesfläche (überwiegend in den Bergregionen) unter Schutz gestellt zu haben,⁴¹ so konnte dies als Erfolg des staatlichen Naturschutzes gelten. Möglich wurde dies jedoch erst durch mächtige Partner: einer Gebietsplanung, die in einer Phase von Nutzungswandel und -aufgabe in Randzonen eine territorialisierte Ordnung unter bestmöglicher Ressourcennutzung anstrebte; und einem staatlich beförderten Tourismussektor.

Im Gebietsplan für die Kleine Fatra, in dem der gleichnamige, 1967 zum Landschaftsschutzgebiet erklärte Gebirgszug lag, war entsprechend auch vom «Rekreationsgebiet Kleine Fatra», von der Bedeutung des Tourismus und den gestiegenen Ansprüchen der Bevölkerung die Rede. Der Landwirtschaft wurde 25 Prozent der Fläche zugewiesen. Zudem benannte der Plan Bewirtschaftungsregeln.⁴² Dass ihre Umsetzung nicht immer konfliktfrei verlaufen sein dürfte, lässt sich an der Aussage von Dušan Janota von der Naturschutzbehörde erahnen, der für Schutzgebiete von fallweisen Änderungen «in Übereinstimmung mit dem prioritären gesamtgesellschaftlichen Interesse an der Sicherung der Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktion» und den Schutzmassnahmen ausging.⁴³

Die Agrarpolitik setzte auf eine Produktionsintensivierung bis in Randzonen hinein, während in den schwerer zugänglichen Gebieten Reste privater Bewirtschaftung geduldet, Aufforstung betrieben oder Verbrachung letztlich akzeptiert wurde. Das Gestalten von Landschaft wurde nun zu einem Leitmotiv von Naturschützern und Landschaftsplanern. Ihnen kam zu Gute, dass die Landnutzung bedingt durch den Veränderungsdruck seit 1948 einem starken Wandel unterlag. Die Schaffung weiträumiger Schutzgebiete wurde neben dem Naturschutzaspekt zu einem wesentlichen Element der Gebietsplanung. So konnten Nutzungsänderungen und dadurch evozierte Konflikte begrenzt und gesteuert, und zugleich Schutzmassnahmen etwa gegen Erosion angestrebt werden. Dies liess jedoch Regionen aussen vor, die sowohl für den Agrarsek-

tor als auch den Tourismus unattraktiv waren. In einigen für die Slowakei typischen Gebieten mit Streusiedlungen (*kopanice*) kam es zu einer langfristigen Stagnation, zumal der Staat dort nicht an einem Infrastrukturausbau interessiert war.⁴⁴

Vom Nutzen kompatibler Interessen: Berglandwirtschaft in Österreich seit den 1970er-Jahren

Der Geograf und Bauer Franz Fliri bemerkte 1977 in seiner Antrittsrede als Innsbrucker Universitätsrektor, dass Agrarproduktion auch jenseits des Familienbetriebs möglich sei. Allerdings hätte dies – von Marx bis Mansholt – Folgen für die Produktion und die ländliche Sozialordnung gehabt.⁴⁵ Für die Alpen hielt Fliri die Familienbetriebe für existentiell, nicht nur mit Blick auf die Sozialstruktur, sondern auch hinsichtlich der Landschaftspflege und der naturräumlichen Stabilität. Polemisch betonte er, dass Nichtbewirtschaftung in den Bergen kein Zurück zu einer besseren Natur sei, sondern Lawinen und Muren befördere.⁴⁶

Fliri sprach drei Konfliktfelder an: den gesellschaftlichen Stellenwert der Bauern, die Frage der Landschaftspflege und den Umgang mit naturräumlichen Veränderungen. Die Bewertung bergbäuerlicher Arbeit war einerseits ein symbolpolitisches Feld, andererseits hatte sie einen materiellen Kern: Kontinuierliches Thema waren die Höhe und die Form von Subventionen. Der 1970 eingeführte Bergbauernzuschuss sowie Sonderprogramme kamen dem nach, zielten aber primär auf Siedlungserhalt und Landschaftspflege.⁴⁷ Diese prägende Koppelung führte aber auch zu Kritik. Provokativ wurde 1982 in einer Festschrift der Kärntner Landwirtschaftskammer gefragt: «Bergbauern – nur <Landschaftsgärtner der Nation?»⁴⁸ Gefordert wurde eine leistungsbezogenere Subventionierung, doch stand dies im Kontrast zur Tatsache, dass Gemeinden zunehmend begannen, Betriebe allein für die Landschaftspflege zu bezahlen.⁴⁹

Auffallend ist, wie wenig über grundsätzliche Strukturveränderungen nachgedacht wurde. Ein Entwicklungsprogramm für Osttirol hielt 1975 die bergbäuerliche Bewirtschaftung «vereinzelt nicht mehr zumutbar».⁵⁰ Die Planer des «Entwicklungsprogramms Oberes Liesertal-Katschberg» spekulierten wiederum 1974 darüber, inwieweit die Vergrößerung der Betriebsflächen das Einkommen der Bauern stabilisieren könnte. Durch eine Verminderung der Betriebe sahen sie aber die «derzeit relativ günstige Siedlungsdichte» in Gefahr.⁵¹ Da solche Debatten jedoch nicht weiterverfolgt wurden, konzentrierte sich die bergbäuerliche Agenda zur Legitimierung von Subventionserwartungen auf die Bereiche naturräumliche Stabilität und Landschaftspflege.

Ein Konflikt aus dem Salzburger Land im Jahr 1982 verdeutlicht exemplarisch die Probleme. Auf die Behauptung des Salzburger Landeshauptmann-Stellvertreters Herbert Moritz, bei zwei Almen sei es zu einer problematischen Nutzungsausweitung gekommen, entgegnete der Alpgenossenschaftsobmann Matthias Perner, dass in der Vergangenheit zwei Drittel der Almfläche wegen fehlender Arbeitskräfte zugewuchert seien. Da zudem 20 Hektar an den Lawinenschutz abgetreten werden mussten, hätten nur noch 25 Tiere aufgetrieben werden können. Bei den jetzt reaktivierten Weiden würde es sich nicht um eine «steile, erosionsgefährdete Fläche, sondern ein immer beweidetes, mässig steiles Almgebiet» handeln. Nicht die Almbauern seien «Landschaftsfresser», sondern die Touristen und der Strassenbau.⁵²

Perners Statement veranschaulicht die Verunsicherung bei der Frage, wie autonom Bergbauern in Zeiten ihres graduellen Rückzugs aus der Fläche handeln durften und wie Flächen in der Grauzone von Extensivierung und Verbrachung bewertet wurden. Wie der Hinweis auf die abgetretene Schutzfläche zeigt, trat zudem mit der staatlichen Lawinen- und Wildbachverbauung verstärkt ein Akteur in Erscheinung, der den Anspruch relativierte, bäuerliche Massnahmen allein würden die naturräumliche Stabilität sichern.⁵³

1981 verwies der Salzburger Alm- und Bergbauernverein anlässlich seines fünfundzwanzigjährigen Jubiläums nicht nur auf Erfolge wie die Erhöhung der Alpungsprämie. Der Obmann der Arbeitsgemeinschaft für Alm und Weide Paul Landmann kam auch auf «unverständliche Querschüsse» zu sprechen, die es bei der Erschliessung von Almen und Wegen durch den Naturschutz gebe. Er kritisierte, dass bei Nationalparkplanungen viel, aber nicht mit der Bevölkerung vor Ort gesprochen würde. An erster Stelle müsse der Mensch stehen, nicht die Pflanze.⁵⁴ Bereits seit der Mitte der 1970er-Jahre hatten Landwirtschaftskammern die grossflächige Ausweisung von Schutzgebieten, im Pongau etwa «bis zu den Hangfussflächen» kritisiert.⁵⁵ Betrachtet man die Planungen für den Nationalpark Hohe Tauern, zeigt sich aber, dass es durch den Druck der Interessensvertretungen schon bald gelang, die bäuerlichen Interessen durchzusetzen. Die Verordnung für den Kärntner Teil des Schutzgebiets hielt bereits 1981 den Schutz und die Nutzung des Gebietes als gleichrangige Ziele fest.⁵⁶ Die Forderungen der Landwirtschaftskammer für den Salzburger Nationalparkteil setzten auf eine massive Förderung der Bergbauern in den Nationalparkgemeinden, zum Beispiel für den Ausbau der Infrastruktur oder die Verdoppelung der Alpprämien.⁵⁷ Weniger die Bewirtschaftung als solche,⁵⁸ eher die Folgen von Wegebau und technischen Massnahmen blieben ein Konfliktthema von Bergbauern und Naturschützern.⁵⁹

Das Aufmerksamkeitspotenzial des Naturschutzthemas ermöglichte es den Bauernverbänden, ihre Agenda zu streuen. Bei Nationalparkprojekten

wie in den Hohen Tauern konnten sie, trotz anfänglicher Skepsis, in Abgrenzung zum Naturschutz durch den teilweise verbindenden Leitsatz, «Kulturlandschaft» zu bewahren, Forderungen öffentlich positionieren und Förderungen durchsetzen. So hielt der Leiter der Nationalparkkommission Anton Draxl schon 1981 fest, dass der Nationalpark zum Modell werden könnte, «wie die gemeinwirtschaftliche Leistung des Bergbauern auch als ‹Landschaftsschützer› anerkannt und abgegolten wird». ⁶⁰ Umgekehrt musste dies die Frage aufwerfen, was die Fokussierung auf Schutzgebiete für den Naturschutz insgesamt, die Kanalisierung von Touristen, aber auch die Bergbauern ausserhalb dieser Zonen bedeutete. ⁶¹

Fazit

90

Trotz strukturell differierenden Ausgangsbedingungen und grundsätzlicher Systemunterschiede lassen sich in den untersuchten Fällen ähnliche Reaktionen auf die Auswirkungen feststellen, die die Veränderungen in der agrarischen Nutzung der Berggebiete auslösten. Beide Staaten waren bestrebt, die land- und weidewirtschaftliche Nutzung bis in Randzonen hinein aufrechtzuerhalten und dies strukturell zu fördern. Das Ziel klarerer Nutzungsabgrenzungen war ein Mittel, um Landschaftsgefüge zu erhalten und naturräumlichen Gefahren präventiv zu begegnen. Während es in der Slowakei zunächst dazu diente, die verbliebenen Privatbauern einzuschränken, war es in Österreich bereits früh darauf angelegt, Konflikte in der Grauzone von Extensivierung und Verbrachung zu klären. Das staatliche Ziel, Nutzungsprobleme durch Raumplanung zu entschärfen, muss in den Bergregionen auch im Kontext der Etablierung von Schutzgebieten gesehen werden. Jenseits des Naturschutzimpetus boten diese die Möglichkeit, Strukturen zu schaffen und Flächennutzungen zu organisieren.

Anders als bisherige agrarhistorische Forschungen mit ihrem Fokus auf die Kollektivierung und Produktionsausrichtung zeigt der vorliegende Beitrag, wie der Landwirtschaftswandel in den Bergregionen der Slowakei umstrittene Grau- und Randzonen entstehen liess, in denen nicht nur Nutzungsfragen, sondern auch Formen der aktiven Landschaftsgestaltung verhandelt wurden. Schutzgebiete boten dem Naturschutz die Möglichkeit, seine Ziele zu verfolgen, auch wenn er dazu auf stärkere Partner aus Tourismus, Gebietsplanung und einer Landwirtschaftsverwaltung, die an planmässiger Nutzungsausweitung interessiert war, angewiesen war. Bei den Flächen der kollektivierten Grossbetriebe, die bis in die Randzonen ausgeweitet worden waren, hatten die Naturschützer im Konflikt mit dem Agrarsektor dagegen schlechte Karten.

Landschaft musste gegen Landwirtschaft in Stellung gebracht werden, wobei es oft zu einer Reduktion auf ästhetische Fragen kam. Nach 1989 wurde in der Slowakei vor allem kritisiert, dass es in den Bergregionen zu einer scharfen Trennung zwischen hochintensivierten Agrarzonen und moderater, ökologisch anspruchsvollerer Bewirtschaftung in Schutzgebieten gekommen sei.⁶²

Der Tatsache, dass Kulturräume einer andauernden Veränderung unterliegen, wurde in beiden Fällen unterschiedlich begegnet. In der Slowakei stand, befördert durch eine Politik aktiver Eingriffe, die Idee einer offensiven Landschaftsgestaltung im Zentrum. In Österreich wurde dagegen das Bewahren von Landschaftsformationen zum Argument bergbäuerlicher Forderungen. Zunächst im Gegensatz zum Naturschutz, wurde es bei der Ausgestaltung von Schutzgebieten wichtig, um Subventionen und Strukturmassnahmen durchsetzen zu können. Der von Oswald Brugger erwähnte Streit zwischen Naturschutz und Bergbauern bot dafür eine öffentlichkeitswirksame Plattform. Auffällig ist in beiden Fällen, wie sehr sich Konflikte schon früh auf Hang- und Hochlagen fokussierten. Die Veränderungen in Tallagen, eigentlich der Komplementärbereich in der Berglandwirtschaft, wurden zwar erwähnt, aber kaum im grösseren Kontext problematisiert. Offensichtlich hatten sowohl Bauernverbände als auch Naturschutzinitiativen diesen Bereich mit Blick auf seine agrarische aber auch landschaftsästhetische Nutzung seit den 1970er-Jahren bereits weitgehend aufgegeben.

Auftaktbild: Frauen bei der Kartoffelernte in Riečnica-Stanova Rieka (Slowakische Beskiden) im Jahr 1977. Fotobestand des Kysucké múzeum in Čadca. Nr. 1548.

- 1 O. Brugger, «Naturschutz im bergbäuerlichen Raum», *Agrarische Rundschau*, 8, 1976, S. 10–14, hier S. 10.
- 2 Ebd., S. 11, 13.
- 3 Ebd., S. 14.
- 4 Um 1960 waren 122 933 von knapp 400 000 Landwirtschaftsbetrieben in Österreich im Bergbauern-Kataster eingetragen. F. von Kessel, *Die Landwirtschaft in Österreich*, Frankfurt a. M. 1964, S. 22.
- 5 M. Schmid et al., *Vom Naturschutz zur Ökologiebewegung. Umweltgeschichte Österreichs in der Zweiten Republik*, Innsbruck 2006, S. 20 f.
- 6 O. Nestroy, «Flächennutzungsveränderungen in Österreich», in: E. Buchhofer (ed.), *Flächennutzungsveränderungen in Mitteleuropa*, Marburg/Lahn 1982, S. 103–123.
- 7 Als Beispiel, «Grundsatzklärung des Österreichischen Naturschutzbundes zur Revitalisierung von Lebensräumen in Österreich aus der Sicht des Naturschutzes», *Natur und Land*, 6, 1982, S. 177–180.
- 8 Als Beispiel: E. Hein, «Katastrophenalarm für Frankreichs Berggebiete», *Agrarische Rundschau*, 1, 1978, S. 29–30. Zu Italien: E. Hein, «10. Internationale Almwirtschaftstagung in St. Vincent, Aosta», *Der Alm- und Bergbauer*, 31, 1–2, 1981, S. 56–64.
- 9 Brugger (wie Anm. 1), S. 14.
- 10 Vgl. für Bayern: R. Gerhardt, *Agrarmodernisierung und europäische Integration. Das bayerische Landwirtschaftsministerium als politischer Akteur 1945–1975*, München 2019, S. 249, 475.
- 11 J. Mathieu, *Die dritte Dimension. Eine vergleichende Geschichte der Berge in der Neuzeit*, Basel 2011, S. 137.
- 12 Vgl. für die 1960er-Jahre: M. Zückert, «Auf dem Weg zu einer sozialistischen Landschaft? Der Wandel der Berglandwirtschaft in den slowakischen Karpaten», *Bohemia*, 54, 1, 2014, S. 23–40.
- 13 H. Kaelble, «Konvergenzen und Divergenzen in der Gesellschaft Europas seit 1945», in: L. Raphael (ed.), *Theorien und Experimente der Moderne. Europas Gesellschaften im 20. Jahrhundert*, Köln etc. 2012, S. 21–36, hier S. 23–25.
- 14 Vgl. hierzu, Ph. Ther, *Die neue Ordnung auf dem alten Kontinent. Eine Geschichte des neoliberalen Europa*, Berlin 2016.
- 15 M. Mikláš et al., *Premeny Oravy*, Martin 1985, S. 7.
- 16 T. Hrabovský, «Vplyv podmienok horských a podhorských oblastí stredného Slovenska na tempo kolektivizácie», in: S. Cambel (ed.), *Kapitoly z dejín socialistického poľnohospodárstva v Československu*, Bratislava 1982, S. 214–225.
- 17 Hierzu: R. Selucký, *Ekonomické vyrovňovanie Slovenska s českými kraji*, Praha 1960.
- 18 Nach Charles Maier verstanden als Durchdringung eines beanspruchten Territoriums. Ch. Maier, *Once within Borders. Territories of Power, Wealth, and Belonging since 1500*, Cambridge 2016.
- 19 Slovenský národný archív Bratislava (im Folgenden SNA). Povereníctvo pôdohospodárstva, 1945–1960. K. 1929, Sign. VP/10. Návrh na výrobné zameranie a organizáciu poľnohospodárskej výroby v horských a podhorských oblastiach na Slovensku.
- 20 SNA. Povereníctvo SNR pre pôdohospodárstva 1966–1968. K. 31, Sign. Rokovanie SNR. Bericht über die Konzeption der Lebensmittelproduktion in den Bergzonen, S. 1.
- 21 *Ibid.* Beigefügtes Konzept, S. 39–46.
- 22 *Ibid.* Bericht und Konzept vom Januar 1968, S. 39–46.
- 23 M. Pacanovský, «Malá úvaha o rozvoji poľnohospodárstva v horských oblastiach, cestonom ruču a ochrane krajinného prostredia», *Krásky Slovenska*, 36, 1959, S. 177–178.

- 24 Kärntner Landesarchiv Klagenfurt (im Folgenden KLA), Abteilung Landwirtschaft 10 L, Karton 124, 7.8 Su. Richtlinien für die Gewährung von Beihilfen aus ERP-Erlösen zur Durchführung von Sondermassnahmen für Bergbauern.
- 25 KLA, Abteilung Landwirtschaft 10 L, Karton 314, 12–69 Su (Trennung von Wald und Weide).
- 26 Zitiert nach: W. Schwachhöfer, *Raumordnung und Landwirtschaft in Österreich*, Wien 1988, S. 16 f.
- 27 KLA, Abteilung Landwirtschaft 10 L, Karton 53, C-3.17 Ak, Richtlinien für die Einräumung von ERP-Krediten für die Landwirtschaft.
- 28 W. Danz, «Planung oder Verplanung der Alpenregion? Die Entwicklung in den Alpenregionen erfordert neue Planungskonzepte», *Agrarische Rundschau*, 1, 1976, S. 24–26, hier S. 24.
- 29 R. Schnitzer, «Tiroler Landesalmbauerntag 1981», *Der Alm- und Bergbauer*, 31, 6–7, 1981, S. 236–248, hier S. 240.
- 30 Mathieu (wie Anm. 11), S. 145–146.
- 31 M. Barnovský, «Industrializácia Slovenska a životné prostredie v období komunistického režimu», *Acta Oeconomica Pragensia*, 15, 7, 2007, S. 55–71.
- 32 L. Havran, «Krajina tatranského národného parku (stav, ochrana a tvorba)», in: M. Pacanovský et al., *Koncepcia tatranského národného parku. Študia k problematike ochrany a tvorby prírodného prostredia tatranského národného parku*, Bratislava 1967, S. 115–162, hier S. 116. Zum Nationalpark insgesamt vgl. B. Hoenig, *Geteilte Berge. Eine Konfliktgeschichte der Naturnutzung in der Tatra*, Göttingen 2018.
- 33 So in der Kleinen Fatra. J. Topercer, «Problémy chemizácie na území chránenej krajinej oblasti Malá Fatra», *Ochrana prírody*, 1, 1980, S. 261–272.
- 34 P. Hedera et al., «Plnenie úloh piateho päťročného plánu v poľnohospodárstve SSR», *Ekonomika poľnohospodárstva*, 15, 6, 1976, S. 246–249.
- 35 M. Pavlík, «Organizačné a ekonomické aspekty spoločných poľnohospodárskych podnikov vo výkrme hovädzieho dobytku v horskej oblasti», *Ekonomika poľnohospodárstva*, 18, 5, 1979, S. 225–227.
- 36 J. Dobřík, «Diferenciácia nákladovosti v JRD Stredoslovenského kraja», *Ekonomika poľnohospodárstva*, 15, 11, 1976, S. 508–510.
- 37 M. Bugan, «Úvod», in: *Vplyv poľnohospodárskej veľkovýroby na krajinný systém horských oblastí*, Banská Bystrica 1978, S. 1–2.
- 38 «Závery a doporučenia zo seminára «Vplyv poľnohospodárskej veľkovýroby na krajinný systém horských oblastí» – 14. Novembra 1978», in: Bugan (wie Anm. 37), S. 48–50.
- 39 D. Janota, «Zosúladenie záujmov štátnej ochrany prírody a poľnohospodárskej výroby pri súhrnných projektoch pozemkových úprav so zreteľom na ochranu a zveľadenie poľnohospodárskej krajiny», in: L. Čikovský (ed.), *Ochrana a tvorba poľnohospodárskej krajiny*, Bratislava 1982, S. 386–391.
- 40 J. Lietava, «K problematice práce a života vybranej skupiny pracovníkov živočíšnej výroby v horských a podhorských oblastiach», *Sociológia*, 13, 4, 1981, S. 439–444.
- 41 I. Cibulec, «Tridsať rokov ochrany prírody v slovenskom ústave pamiatkovej starostlivosti a ochrany prírody», *Ochrana prírody*, 2, 1981, S. 5–12, hier S. 6.
- 42 Štátny archív Banská Bystrica. Bestand: Krajský národný výbor/odbor školstva a kultury, 1960–1969. Sign. 457/2/1968. K. 72. Gebietsplan Malá Fatra, November 1967.
- 43 Janota (wie Anm. 39), S. 387.
- 44 Als Beispiel vgl.: M. Masný et al., «Agricultural Abandonment in Chosen Terrain Attributes Context – Case Study from the Poľana UNESCO Biosphere Reserve (Central Slovakia)», *Ekológia*, 36, 4, 2017, S. 339–351.
- 45 F. Fliri, «Über Landschaft, Bauerntum und Universität. Antrittsrede des Rektors Univ.-Prof. phil. Franz Fliri», in: *Feierliche Inauguration des für die Studienjahre 1977/78 und 1978/79 zum Rektor gewählten Dr. Franz Fliri*. Innsbruck 1977, S. 17–27, hier S. 20.
- 46 *Ibid.*, S. 22.
- 47 M. Kröger, *Die Modernisierung der Landwirtschaft. Eine vergleichende Untersuchung der Agrarpolitik Deutschlands und Österreichs nach 1945*, Berlin 2006, S. 320–322.
- 48 *Bauern in Kärnten. Eine Festschrift zum 50jährigen Bestand der Kammer für Land- und Forstwirtschaft in Kärnten*. Klagenfurt 1982, S. 94.
- 49 F. Greif et al., *Die Sozialbrache im Hochgebirge am Beispiel des Ausserferns*, Wien 1979, S. 166.
- 50 Schwachhöfer (wie Anm. 26), S. 299.
- 51 KLA, Abteilung 20 – Landesplanung, K 96, 214, Entwurf für ein Entwicklungsprogramm Oberes Liesertal-Katschberg.
- 52 M. Perner, ««Wir sind keine Landschaftsfresser!», *Der Alm- und Bergbauer*, 32, 11, 1982, S. 424–426.
- 53 Allgemein hierzu: J. Hinrichsen, *Unsicheres Ordnen. Lawinenabwehr, Galtür 1884–2014*, Tübingen 2020.
- 54 S. Wieser, «25 Jahre erfolgreich für die Alm- und Bergbauern», *Der Alm- und Bergbauer*, 31, 1–2, 1981, S. 20–25.
- 55 Schwachhöfer (wie Anm. 26), S. 78–79, S. 211–215.
- 56 *Ibid.*, S. 78. Zu den Hohen Tauern insgesamt vgl. P. Kupper et al., *Geschichte des Nationalparks Hohe Tauern*, Innsbruck 2013.
- 57 J. Staffl, «Nationalpark – Förderungskonzept für Land- und Forstwirtschaft erstellt», *Der Alm- und Bergbauer*, 33, 1–2, 1983, S. 30–32.
- 58 «Die Grundformen des Naturschutzbundes zum Nationalpark Hohe Tauern an die Salzbur-

ger Landesregierung», *Natur und Land*, 67, 6, 1981, S. 137–138.

59 R. Wohlfahrter, «Einheitswerte und Naturschutzgebiete im Almbereich», *Der Alm- und Bergbauer*, 35, 1–2, 1985, S. 44.

60 A. Draxl, «Bergbauer und Nationalpark Hohe Tauern», *Der Alm- und Bergbauer*, 31, 8–9, 1981, S. 341–342.

61 So unter anderem im Kontext der Kärntner Nationalparkplanung. KLA, Abteilung Landwirtschaft 10L, K. 297, 12.42 Su, Stellungnahme zum Entwurf der Verordnung der Kärntner Landesregierung, womit der Nationalpark Hohe Tauern eingerichtet wird, 1981.

62 M. Kundrata et al., *Interaction Between Agriculture and Natur Conservation in the Czech and Slovak Republics*, Cambridge 1995, S. 103.